

Das Klima bleibt ein heisses Thema

Das Parlament sagt Ja zum Klimavertrag. Der grosse Kampf steht indes noch an. Er beginnt im Herbst, wenn es bei der Revision des CO₂-Gesetzes um handfeste Massnahmen geht.

VON DOMINIC WIRTH

BERN Die Schweiz macht mit beim Pariser Abkommen, das steht seit gestern definitiv fest. Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat für eine Ratifizierung ausgesprochen, und er tat das deutlich, mit 39 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Die Ratifizierung ist der eine Beschluss, den das Parlament nun gefasst hat; der andere betrifft das Reduktionsziel. Bis 2030 will die Schweiz ihre Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 50 Prozent reduzieren. In der Kleinen Kammer scheiterte gestern wie schon im Nationalrat der Versuch, dieses Ziel zu reduzieren.

Damit sind in Sachen Klimaschutz die ersten Pflöcke eingeschlagen, viel mehr aber nicht. Denn das Parlament hat sich nun zwar auf den Reduktionsgrundwert geeinigt. Wie dieses Ziel indes erreicht werden soll, steht noch nicht fest. Auf konkrete Massnahmen muss man sich im Bundeshaus einigen, wenn – voraussichtlich im Herbst – die Revision des CO₂-Gesetzes in Angriff genommen wird. Und schon heute zeichnet sich ab, dass ein grosses Tauziehen ansteht.

Ganze Reihe brisanter Themen

Das beginnt schon bei der Frage, wo die Schweiz ihre Treibhausgasemissionen einsparen soll. Der Bundesrat hat in der Vernehmlassung des neuen CO₂-Gesetzes vorgeschlagen, dass 30 der 50 Prozent Reduktion im Inland erreicht werden sollen. Die restlichen 20 Prozent sollen mit Massnahmen im Ausland – etwa der Finanzierung klimafreundlicher Projekte – abgebaut werden können. Allerdings ist diese Aufteilung hoch umstritten. Der Wirtschaftsverband Economiesuisse etwa will nichts von einem Inlandziel wissen, sondern wünscht sich mehr Flexibilität bei der konkreten Ausgestaltung der Emissionseinsparungen. Ansonsten drohen den Schweizer Unternehmen laut dem Wirtschaftsdachverband Nachteile im internationalen Wettbewerb. Ähnlich sieht das die FDP. Deren Luzerner Nationalrat und Klimapoli-



Das Verbot von Ölheizungen ist ein Vorhaben, das in den kommenden Monaten zu reden geben wird.

Bild Key

tiker Peter Schilliger will sich dafür einsetzen, dass «die Wirtschaft selbst entscheiden kann, wo und wie sie ihre Emissionen abbauen will». Davon wiederum hält man insbesondere im linken Lager nichts. Dort setzt man sich für ambitioniertere Ziele im Inland ein.

Zu reden geben werden auch die Massnahmen, die zum Erreichen der konkretisierten Reduktionsziele notwendig sind. Zum Beispiel die Verdoppelung des maximalen Abgabesatzes bei der CO₂-Abgabe von 120 auf 240 Franken, die der Bundesrat in der Vernehmlassung vorgeschlagen hat. Mit dieser Abgabe auf fossile Brennstoffe verteuert der Bund seit 2008 umweltschädliche Energielieferanten wie Erdöl oder Erdgas. Allerdings will die Wirtschaft von der Erhöhung der CO₂-Abgabe nichts wissen. Und Economiesuisse plädiert auch dafür, dass sich alle Schweizer Firmen von der CO₂-Ab-

gabe befreien können, wenn sie dafür mit dem Bund individuelle Reduktionsziele vereinbaren. Über eine Motion zum Thema aus den Reihen der FDP wird der Nationalrat bereits am kommenden Dienstag befinden. Diskussionsstoff liefern werden daneben etwa die Emissionsvorschriften für Fahrzeuge. Oder das Verbot von Ölheizungen, das der Bundesrat in der Vernehmlassung zur Diskussion stellte. Dieses würde ab 2029 greifen, wenn die Emissionen nicht wie geplant zurückgehen, und es würde sowohl Neubauten als auch den Ersatz fossiler Heizungen bei bestehenden Bauten umfassen.

Die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens birgt also reichlich Zündstoff. Stefan Müller-Altermatt, CVP-Nationalrat und Präsident der zuständigen Nationalratskommission, erwartet einen hartes Ringen, ein härteres gar noch als bei der Energiestrategie 2050.

«Das politisch Machbare und die gesetzlichen Ziele klaffen in meinen Augen hier weiter auseinander als bei der Energiestrategie», sagt der Solothurner.

SVP denkt erneut ans Referendum

Am Ende könnte es – wie schon bei der Energiestrategie – zu einem Referendum kommen. Die SVP wollte als einzige Partei vom Pariser Abkommen nichts wissen, war mit dieser Haltung im Parlament aber chancenlos. Und sie droht schon heute mehr oder weniger unverblümt damit, auch gegen die Revision des CO₂-Gesetzes – und damit die Umsetzung des Pariser Abkommens – das Referendum zu ergreifen. «Wir werden uns im Parlament nach Kräften gegen schädliche Massnahmen wehren», sagt Toni Brunner, der St. Galler Nationalrat, «und wenn uns das Ergebnis nicht passt, dann prüfen wir ein Referendum.»

Journal

Hörgeräte: Die AHV zahlt jetzt für beide Ohren

BERN IV-Bezüger erhalten einen höheren Beitrag an Hörgeräte als AHV-Rentner. Das ist ungerecht, findet das Parlament. Nach dem Ständerat hat gestern auch der Nationalrat eine Motion von FDP-Ständerat Josef Dittli (UR) angenommen. Die grosse Kammer will aber keine vollständige Angleichung. Den Motionstext änderte der Nationalrat dahingehend ab, dass die AHV einen Kostenbeitrag an die Versorgung beider Ohren leistet. Wie bei der Vergütung anderer Hilfsmittel soll dieser Betrag 75 Prozent des IV-Betrages entsprechen. Diesen Vorschlag brachte Bundesrat Alain Berset ein. Der Kostenbeitrag der IV für die Versorgung beider Ohren entspricht 1650 Franken, jener der AHV soll daher 1237.50 Franken betragen. Heute bezahlt die AHV pauschal 630 Franken, und dies nur für ein Ohr.

Grünpflege entlang der Strassen kostet 35 Millionen

BERN Die Pflege der 4236 Hektaren Grünräume entlang der 1840 Kilometer Nationalstrassen kostet gemäss dem Bundesamt für Strassen (Astra) jährlich rund 35 Millionen Franken. Die Reinigungskosten für die Beseitigung von Abfällen durch Littering werden auf rund zwei Millionen Franken jährlich geschätzt. Genaue Statistiken gibt es nicht. Aufgrund der Erfahrungen und der Schätzungen geht das Astra von rund einer Tonne Abfall durch Littering pro Autobahnkilometer und Jahr aus.

Konzernchef Veit Dengler verlässt NZZ-Mediengruppe

ZÜRICH Veit Dengler, der Chef der NZZ-Mediengruppe, verlässt die Falkenstrasse. Grund für den Abgang nach knapp vier Jahren sind Differenzen mit dem Verwaltungsrat. Die Nachfolge ist noch offen. Über die grundsätzliche Strategie waren sich Dengler und der Verwaltungsrat noch einig. Bei der NZZ soll weiterhin auf die Publizistik fokussiert werden – so wie es 2013 beschlossen wurde. Differenzen gab es jedoch bei der Frage, wie diese Strategie in der nächsten Phase umgesetzt werden solle. Vor diesem Hintergrund seien sie zu dem Schluss gelangt, dass eine andere Person diese Aufgabe übernehmen solle.

Sicherheitslücke: Bundesprüfer stossen auf Milliardenrisiko

Die Steuerverwaltung des Bundes löst jährlich Zahlungen von über 30 Milliarden Franken aus. Die Eidgenössische Finanzkontrolle hat im Zahlungssystem eine kritische Sicherheitslücke gefunden.

VON FABIAN FELLMANN

BERN Die Angestellten der Bundesverwaltung sind ehrliche Häute. Zu diesem Schluss führt ein Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle. Die unabhängigen Prüfer des Bundes haben im vergangenen Jahr das interne Kontrollsystem der Eidgenössischen Steuerverwaltung unter die Lupe genommen. Dabei stiessen sie auf eine Sicherheitslücke, welche die Prüfer als sehr kritisch einstufen, weil sie für den Bund ein Milliardenrisiko darstellte. 138 Mitarbeiter der Bundesverwaltung hätten das Zielkonto für Zahlungen der Steuerverwaltung abändern können, ohne dass diese noch einmal einem Kontrollsystem unterworfen worden wären. Das betrifft unter anderem Rückerstattungen der Verrechnungssteuer, die zum grossen Teil ins Ausland fliessen. Dabei handelt es

sich um enorme Summen: 2015 lösten die entsprechenden Systeme Auszahlungen von 31,2 Milliarden Franken aus. Das geht aus einem Bericht der Kontrolleure vom Oktober 2016 hervor, der auf Begehren dieser Zeitung nun veröffentlicht worden ist.

Weil die Finanzkontrolle das Sicherheitsproblem als sehr kritisch betrachtete, forderte sie den Bundesrat im Mai 2016 auf, es zu beheben. Das tun die Prüfer nur bei besonderen Ereignissen oder in Fällen, in denen grössere finanzielle Verluste drohen. Ein Beispiel dafür ist das Debakel mit den Bürgschaften des Bundes für Hochseeschiffe, vor dem die Finanzkontrolle den Bundesrat im April 2016 warnte. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass der Bund einen Abschreiber von 215 Millionen Franken tätigen muss.

Kreis der Berechtigten war gross

Bei den Auszahlungen der Steuerverwaltung hingegen scheint der Bund keinen finanziellen Verlust erlitten zu haben, obwohl das Sicherheitsproblem über Jahre unerkannt geblieben war. Die Finanzkontrolle entschied sich darum zu einer Nachprüfung bis zurück ins Jahr 2012. Sie fand dabei keine Hinweise darauf, dass die Lücke im System ausgenutzt worden wäre. Die Steuerverwaltung musste aber fortan jede Woche überprüfen, ob die Geldadres-

sen verändert worden sein könnten, bis die Sicherheitslücke behoben war. Besonders beunruhigend war für die Prüfer, dass nicht etwa nur Angestellte der Steuerverwaltung die Daten hätten manipulieren können. In dem Amt besaßen nur 16 Personen die entsprechenden Berechtigungen. Beim Bundesamt für Informatik hingegen, welches die Datenbanken betreibt, zählten 76 Personen zum Kreis der Berechtigten, weitere 40 waren es bei der Finanzverwaltung, einzelne weitere beim Bundesamt für Bauten und Logistik, bei der Zollverwaltung und sogar bei der Bundesanwaltschaft. Die Steuerverwaltung selbst wusste nicht Bescheid darüber, wer die entsprechenden Berechtigungen besass.

Die Lücke bestand im Zusammenspiel der Informatiksysteme Molis, das für die Mehrwertsteuer zum Einsatz kommt, und Solis, das für die Stempelabgabe, die Verrechnungssteuer und die direkte Bundessteuer genutzt wird, sowie der Datenbanklösung SAP P07. Molis und Solis sind berichtigt: Die Systeme stammen aus den 1980er-Jahren und sollten im gross angelegten Projekt Insieme ersetzt werden. Die Kosten liefen jedoch aus dem Ruder, 2012 zog die damalige Departementsvorsteherin Eveline Widmer-Schlumpf den Stecker. Das Debakel kostete die Steuerzahler 102 Millionen Franken.

SVP schwärmt aus Selfies vor dem Rheinfall



Zur Halbzeitpause der Sommersession sind die Bundeshausfraktionen gestern in verschiedene Ecken der Schweiz ausgeflogen. Die SVP setzte auf Gemütlichkeit und Tradition – mit einer Schifffahrt vom Schloss Laufen zur Musikinsel Rheinau. Vor der Kulisse des Rheinfalls war Zeit für Gespräche – und Selfies. Diese Möglichkeit nutzten auch der Schaffhauser Nationalrat Thomas Hurter (links) zusammen mit seiner Frau sowie Nationalratspräsident Jürg Stahl.

Bild Key

Einfuhrstopp für Stopfleber

BERN Der Nationalrat fordert ein Importverbot für tierquälerisch erzeugte Produkte. Er hat eine Motion von Matthias Aebischer (SP/BE) mit 97 zu 77 Stimmen bei 17 Enthaltungen angenommen. Stimmt auch der Ständerat der Motion zu, muss der Bundesrat die rechtlichen Grundlagen für einen Einfuhrstopp von Produkten wie Stopfleber und Froschschenkeln erarbeiten.

Das Landwirtschaftsgesetz ermögliche es, die Einfuhr von Tierprodukten einzuschränken oder zu verbieten, die mit in der Schweiz verbotenen Methoden produziert würden, hielt Motionär Aebischer fest. Bundesrat Alain Berset sagte, er verurteile «solche Praktiken». Er hat aber auch Bedenken. Ein solches Verbot wäre mit internationalem Recht wohl nicht vereinbar. (sda)